

**Volkskammer
der
Deutschen Demokratischen Republik**

Drucksache Nr. 155

**A n t r a g
des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 18. Juli 1990**

Die Volkskammer wolle beschließen:

**G e s e t z
zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes
vom 7. März 1990
- Versammlungsgesetz -**

Lothar de Maizière
Ministerpräsident

G e s e t z

zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes vom 7. März 1990 über Versammlungen.
- Versammlungsgesetz -

§ 1

Das Versammlungsgesetz vom 7. März 1990 (GBl. I Nr. 17 S. 145) wird gemäß
Anlage geändert.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft.

Anlage zu vorstehendem Gesetz:

1. Im § 3 Absatz 5 ist statt "örtlichen Räte" das Wort "Gemeinden" einzu-
fügen.

2. § 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Versammlungsteilnehmern ist es untersagt

1. Schusswaffen oder solche Gegenstände bei sich zu führen, die von ihrer
Beschaffenheit her geeignet sind, Personen zu verletzen und Sachen zu
beschädigen oder zu zerstören, soweit sie in schädigender
Absicht mitgeführt werden bzw. zu ihrer Mitführung nicht eine
behördliche Genehmigung vorliegt;

2. bei der Versammlung, auf dem Weg dorthin oder nach ihrer Beendigung
in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach
darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu
verhindern, aufzutreten."

Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

3. Der § 5 Absatz 3 erhält folgende Neufassung:

"(3) Die Ankündigung hat zu erfolgen für Versammlungen, die

- a) innerhalb einer Gemeinde stattfinden, beim Bürgermeister oder Oberbürgermeister,
- b) sich innerhalb eines Landkreises über mehrere Gemeinden erstrecken, beim Landrat,
- c) sich über mehrere Kreise erstrecken, bei den Landräten, deren Kreise von der Versammlung berührt werden."

4. Im § 5 ist in der ersten und vorletzten Zeile jeweils der Begriff

"Bezirks-" in "Land-" zu verändern.

5. Der § 7 Absatz 2 erhält folgende Neufassung:

"(2) Die Entscheidung gemäß Absatz 1 trifft der für den Versammlungsort zuständige Bürgermeister."

6. Der § 3 Absatz 1 erhält folgende Neufassung:

"(1) Wird eine gesetzlich verbotene oder untersagte Versammlung durchgeführt, ist auf Anforderung durch den für den Versammlungsort zuständigen Bürgermeister die Deutsche Volkspolizei befugt, sie aufzulösen."

7. Im § 3 wird als Absatz 3 neu aufgenommen:

"(3) Die Deutsche Volkspolizei ist befugt, Versammlungsteilnehmer,

1. die den Festlegungen im § 4 Absatz 2 Ziffer 1 zuwiderhandeln, festzuhalten;
2. die den Festlegungen im § 4 Absatz 2 Ziffer 2 zuwiderhandeln, aufzufordern, die Aufmachung abzuliegen und festzuhalten, wenn sie dieser Forderung nicht nachkommen.

3. Unabhängig von den Voraussetzungen der Ziffern 1 und 2 festzuhalten, wenn begründet anzunehmen ist, daß von ihnen unmittelbar Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgehen oder daß sie Gewaltakte verüben werden.

Die Entscheidungen darüber treffen die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei nach pflichtgemäßem Ermessen."

8. Im § 9 erhalten die Absätze 2 und 3 folgende Neufassung:

"(2) Die Beschwerde ist schriftlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Zugang oder Bekanntgabe der Entscheidung bei der zuständigen staatlichen Verwaltungsbehörde, welche die Entscheidung getroffen hat, einzulegen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

(3) Über die Beschwerde ist innerhalb von 2 Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht im vollen Umfange stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist an den Leiter der übergeordneten staatlichen Verwaltungsbehörde zur Entscheidung weiterzuleiten. Der Einreicher ist darüber zu informieren. Die abschließende Entscheidung ist innerhalb weiterer 2 Wochen zu treffen."

9. Als § 10 a wird neu eingefügt:

"§ 10 a

(1) Wer

1. entgegen der Festlegung in § 4 Absatz 2 Ziffer 1 bei einer Versammlung Schusswaffen oder solche Gegenstände, die von ihrer Beschaffenheit her geeignet sind, Personen zu verletzen oder Sachen zu beschädigen oder zu zerstören in schädigender Absicht bzw. ohne behördliche Genehmigung mitführt,
2. entgegen der Festlegung in § 4 Absatz 2 Ziffer 2 bei einer Versammlung, auf dem Weg dorthin oder nach ihrer Beendigung in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, auftritt und

sich der Aufforderung gemäß § 8 Absatz 3 Ziffer 2, diese Aufmachung abzulegen, widersetzt,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Haftstrafe, Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer sich der Festhalte gemäß § 8 Absatz 3 widersetzt.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 Ziffer 1 ist der Versuch strafbar."

10. Im § 11 Absatz 1 erhält der Buchstabe e folgende Neufassung:

"e) den Festlegungen im § 4 Absatz 2 Ziffern 1 und 2 zuwiderhandelt,"

Der bisherige Buchstabe e wird Buchstabe f und erhält folgende Fassung:

"f) der Aufforderung zur Auflösung einer Versammlung gemäß § 8 Absätzen 1 und 2 nicht nachkommt oder sich der Festhalte gemäß § 8 Absatz 3 Ziffern 1 bis 3 widersetzt,

kann, wenn die Auswirkungen der Handlung auf die Rechte und Interessen der Bürger oder der Gesellschaft und der Grad der Schuld des Rechtsverletzers gering sind, mit einem Verweis oder einer Ordnungsstrafe bis 500 DM belegt werden."

11. Im § 11 Absatz 2 ist die Währungsbezeichnung "M" in "DM" zu verändern.

12. Im § 11 wird als Absatz 3 neu eingefügt:

"(3) Gegenstände, die zur Begehung einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 4 Absatz 2 benutzt wurden, können neben einer anderen Ordnungsstrafmaßnahme oder selbständig, unabhängig von Rechten Dritter, entschädigungslos eingezogen werden."

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4, der bisherige Absatz 4 wird als Absatz 5 neu gefaßt:

"(5) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt den Bürgermeistern, Oberbürgermeistern, Landräten und bei Zuwiderhandlungen gemäß Absatz 1 Buchstaben d bis f auch den Leitern der zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei."

13. Als § 11 a wird neu eingefügt:

"§ 11 a

Verwahrung und Einziehung von Schußwaffen

Die Verwahrung und Einziehung von Schußwaffen erfolgen auf der Grundlage der dafür geltenden Rechtsvorschriften."